

Grundsicherung im Blickpunkt

Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und des Langzeitleistungsbezugs in Baden-Württemberg

„Durch die Verbesserung der Beschäftigungslage werden die Menschen, die außen vor sind, sichtbarer.“

Eva Strobel,
Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg



In Baden-Württemberg ist fast jeder dritte Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Durch die Verbesserung der Beschäftigungslage wird diese Gruppe der Arbeitslosen sichtbarer. Immer häufiger passen Stellen und Bewerberprofile nicht zusammen. Vielfach stehen bei den Langzeitarbeitslosen eine geringe Qualifikation und gesundheitliche Einschränkungen einer schnellen Vermittlung entgegen.

Die Ursachen für die Verfestigung des Leistungsbezuges sind vielfältig. Auf der individuellen Ebene erschweren insbesondere fehlende Bildungs- und Berufsabschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen, ein höheres Lebensalter, die familiäre (Betreuungs-)Situation oder der Status als Zuwanderer den Übergang in den Arbeitsmarkt. Leben Kinder in der Bedarfsgemeinschaft, stellt dies insbesondere bei Alleinerziehenden ein weiteres Vermittlungshemmnis dar. Hier fehlt es nicht selten an der erforderlichen Infrastruktur der Kinderbetreuung. Mit der Initiative „AusBILDUNG wird was!“ haben wir uns zum Ziel gesetzt innerhalb von 3 Jahren 7.000 jungen Erwachsenen die Chance zu eröffnen, zu einem Berufsabschluss zu kommen. Eine weitere Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt bietet das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“. Es eröffnet u.a. langzeitarbeitslosen Menschen die Teilhabe an Ausbildung und Erwerbsleben. Dabei spielen auch die assistierte Vermittlung sowie eine nachlaufende Betreuung eine wesentliche Rolle, um den Integrationserfolg dauerhaft gestalten zu können.

Unser Engagement ist darauf ausgerichtet die Potentiale der Langzeitarbeitslosen zu nutzen, um einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Das gelingt in Baden-Württemberg, weil wir ein wirtschaftsstarkes Land sind und eine hohe Integrationsquote in der Grundsicherung aufweisen können.

Für die arbeitsmarktfernen Personen, die derzeit weder für eine Qualifizierung noch für eine Vermittlung in Frage

kommen, brauchen wir gute Lösungen, um deren Teilhabechancen zu verbessern, damit sie zumindest mittelfristig wieder am Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Einrichtung eines „Sozialen Arbeitsmarktes“ könnte die gesellschaftliche Teilhabe von Langzeitarbeitslosen verbessern. Dies ist umso wichtiger, je stärker ihre sozialen Bindungen zurückgehen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, kluge Kriterien für die Auswahl der zu fördernden Langzeitarbeitslosen anzulegen. Hierzu zählen individuelle Vermittlungshemmnisse wie gesundheitliche Probleme, fehlende Berufsausbildung oder höheres Lebensalter, zumeist in mehrfacher Kombination. Das Potenzial für einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ kann in Baden-Württemberg auf eine Größenordnung zwischen 10.000 und 25.000 Personen geschätzt werden. Die Ausgestaltung des „Sozialen Arbeitsmarktes“ sollte der Arbeitsfähigkeit der Betroffenen entsprechen. Arbeitsanforderungen sind der Leistungsfähigkeit anzupassen und medizinische, psychologische sowie sozialpädagogische Begleitung ist bei Bedarf sicherzustellen. Eine Arbeitszeit zwischen drei und sechs Stunden täglich muss möglich sein. Das Einfordern von Anstrengung muss mit dem Versprechen einer Zukunftsperspektive einhergehen und mittel- und langfristig muss die Integration in Beschäftigung auf dem ökonomischen Arbeitsmarkt das Ziel bleiben. Der „Soziale Arbeitsmarkt“ kann Langzeitarbeitslosen durch längerfristig geförderte Beschäftigung Stabilität, soziale Kontakte, Tagesstruktur und Teilhabe an der Gesellschaft vermitteln. All dies muss aber begleitet werden durch den Einsatz für bessere Schulen, einer zielgerichteten Jugendhilfe sowie der besseren Unterstützung für Alleinerziehende.

Eva Strobel

Eva Strobel



Bundesagentur für Arbeit

Regionaldirektion
Baden-Württemberg

Strukturanteil Langzeitarbeitsloser nimmt bei guter Wirtschaftsentwicklung zu

Obwohl sich der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg anhaltend gut entwickelt, gibt es auch im Südwesten eine beträchtliche Zahl von Personen, die vergleichsweise schlechte Chancen auf vollständige Teilhabe am Arbeitsmarkt haben. Sie finden sich zum Großteil in Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Langzeitleistungsbezug wieder. Die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen – der Gruppe also, die ohne Unterbrechung mehr als ein Jahr arbeitslos sind – beträgt im Bereich der Grundsicherung im Jahr 2013 in Baden-Württemberg 57.633 (+ 6,7 Prozent). Im Bund ist der Anstieg mit 1,7 Prozent weniger stark ausgefallen. Umgangssprachlich werden häufig Langzeitarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende gleichgesetzt. Allerdings gibt es auch im Rechtskreis SGB III Langzeitarbeitslose, zum Beispiel arbeitslos gemeldete Personen, die keinen Anspruch auf Leistungen haben oder aufgrund ihres Alters einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mehr als einem Jahr haben (BW 12.616).

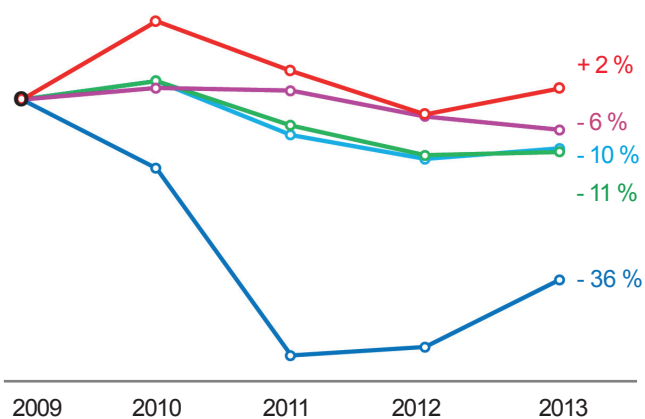
Die Betrachtung über Konjunkturzyklen hinweg macht deutlich, dass Personengruppen mit kürzeren Dauern der Arbeitslosigkeit stärker und schneller am Beschäftigungsaufbau teilhaben. Dieser Trend zeigt sich in beiden Rechtskreisen. Einer sehr dynamischen Personengruppe, die für kurze Zeit auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, steht eine große Gruppe Langzeitarbeitsloser gegenüber. Sie profitieren häufig erst zeitverzögert von einem positiven wirtschaftlichen Umfeld oder haben aufgrund individueller Problemlagen kaum Integrationschancen. Da in diesen positiven Phasen gleichzeitig weniger Menschen neu in Arbeitslosigkeit kommen, steigt der Strukturanteil

der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Aufschwung kontinuierlich an (BW; 2009 24,2 Prozent, 2013 30,0 Prozent). Ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit fällt aufgrund dieser sich verfestigenden Struktur immer schwerer.

Langzeitleistungsbezug ist die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung

Um ein möglichst vollständiges Bild über das Maß der sich verfestigenden Problemlagen zu erhalten, ist es hilfreich, den Langzeitleistungsbezug im SGB II als weiteren Indikator heranzuziehen. Langzeitleistungsbezieher sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), die in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfebedürftig waren. Hierzu zählen auch sogenannte Aufstocker und Selbständige, die ergänzende Grundsicherungsleistungen erhalten. Aktuell werden in den baden-württembergischen Jobcentern insgesamt 182.515 Langzeitleistungsbeziehende betreut. Das entspricht einem Anteil von 60,1 Prozent an allen erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen. Baden-Württemberg liegt hier unter dem Bundesschnitt von 67,7 Prozent. Mit zunehmendem Rückgang der Arbeitslosigkeit nähert sich das Land, sowohl im Anteil des SGB II an allen Arbeitslosen als auch im Langzeitleistungsbezug, dem Bundestrend an. Die unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialstruktur im Land spiegelt sich auch in den jeweiligen Anteilen der Langzeitleistungsbezieher wider. So weisen die in städtisch geprägten Regionen liegenden Jobcenter Heidelberg, Baden-Baden (Stadt), Freiburg, Mannheim und Karlsruhe (Stadt) mit jeweils über 65 Prozent die landesweit höchsten Anteile an Langzeitleistungsbeziehern auf. Den mit 53,9 Prozent günstigsten Anteil kann das Jobcenter Alb Donau verzeichnen.

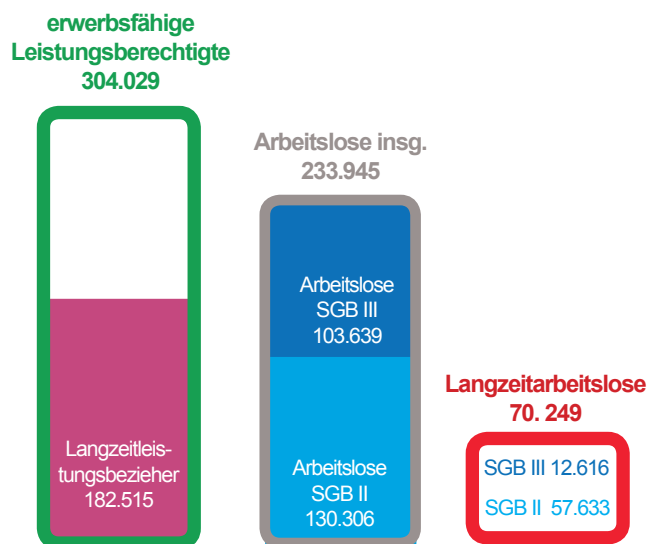
Die Polarisierung am Arbeitsmarkt ist auch in Baden-Württemberg deutlich zu erkennen



Langzeit-Alo Langzeitbezieher Alo SGB II eLb Alo SGB III

Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2009

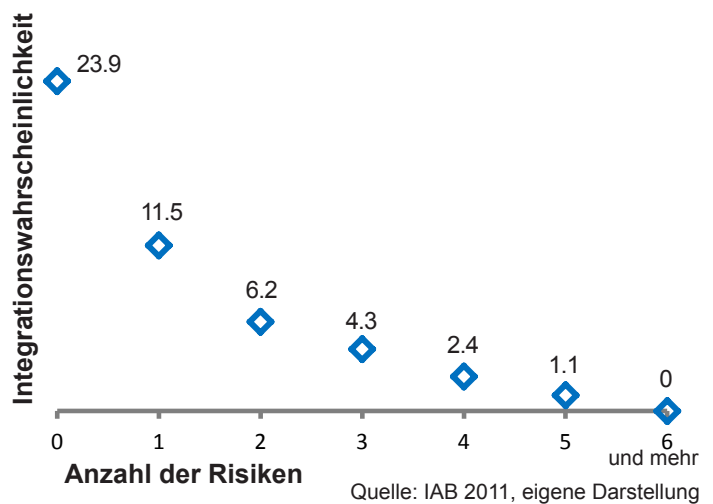
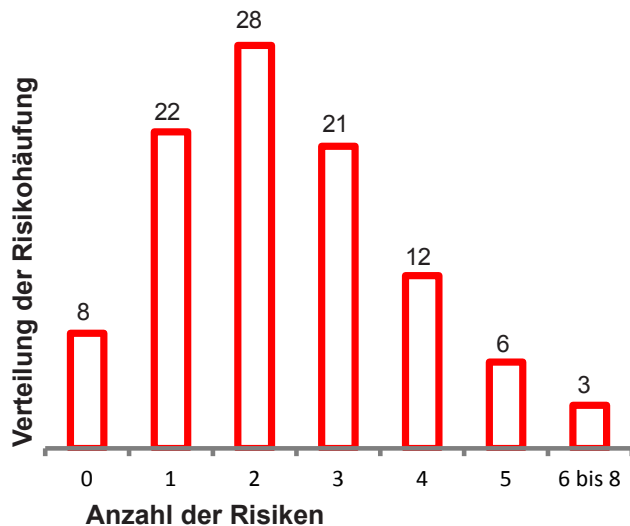
Quelle Statistik BA, eigene Darstellung



Strukturdaten im Jahresdurchschnitt 2013

Häufung von Arbeitsmarktrisiken und deren Einfluss auf die Integrationswahrscheinlichkeit

- Anteil in Prozent -



Frauen, Alleinerziehende und Ältere sind besonders betroffen

Die auffälligsten Unterschiede zwischen Langzeitleistungsbeziehern und Personen ohne Langzeitbezug finden sich in Baden-Württemberg vor allem bei Frauen (56,6 zu 50,5 Prozent), Alleinerziehenden (20,8 zu 16,8 Prozent) und Älteren (35,8 zu 19,4 Prozent). Im Vergleich zum Bund sind insbesondere Alleinerziehende sowohl bei den Langzeitleistungsbeziehern (+19 Prozent) als auch bei der Gruppe ohne Langzeitbezug (+15 Prozent) in Baden-Württemberg häufiger im Grundsicherungsbezug. Insgesamt sind Frauen im Südwesten leicht häufiger von Grundsicherungsleistungen abhängig als im Bund.

Kaum überraschend ist, dass Menschen mit verfestigtem Leistungsbezug insgesamt ein geringeres Qualifikationsniveau aufweisen. 15,5 Prozent von ihnen sind ohne Schulabschluss und annähernd jeder zweite Langzeitleistungsbezieher (46,2 Prozent) verfügt über keine berufliche Ausbildung. Bei den eLb ohne Langzeitbezug liegt dieser Anteil bei 40,8 Prozent.

Ursachen für Verfestigung sind vielfältig

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in der Zusammenhang zwischen bestehenden persönlichen Hemmnissen und daraus resultierenden Arbeitsmarktchancen bundesweit untersucht wurden, identifiziert neun zentrale Risikomerkmale die einer Arbeitsmarktintegration entgegen stehen: fehlende Bildungs- bzw. Ausbildungsabschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen, eine lange Verweildauer im Grundsicherungsbezug, ein höheres Alter (50+), nach Deutschland zugewandert zu sein wie auch begrenzte Kenntnisse der deutschen Sprache und die Pflege von Angehörigen sowie die Tatsache, Mutter zu sein.

Diese Analyse zeigt, dass 70 Prozent der Menschen im Grundsicherungsbezug von mindestens zwei dieser Hemmnisse betroffen sind. Gerade bei Langzeitleistungsbeziehern treten diese Risikomerkmale überwiegend in komplexen Häufungen auf. Die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitsaufnahme reduziere sich, so die IAB-Experten, mit jedem zusätzlich vorhandenen Hemmnis um jeweils die Hälfte. Dies bedeutet jedoch auch, dass die erfolgreiche Bearbeitung oder Entschärfung von Risikofaktoren bei Personen mit bis zu zwei Hemmnissen einen direkten positiven Einfluss auf die individuellen Arbeitsmarktchancen hat.

Wirkung einzelner Arbeitsmarkthemmnissen auf die Integrationswahrscheinlichkeit

Hemmnis	Wirkung in %
51 bis 64 Jahre	-10.1
Selbst zugewandert	-5.1
Haussprache nicht deutsch	-5.1
Kein Schulabschluss	-5.4
Kein Ausbildungsabschluss	-5.9
schwere gesun. Einschränkungen	-7.2
Kontinuierlicher Bezug	-9.2
Frau, Alleinerziehend, Kind u. 3	-14.7
Frau, mit Partner, Kind 3	-14.4
Frau, Alleinerziehend, Kind 3+	-8.4
Frau, mit Partner, Kind 3+	-8,4
Pflege, =10 Stunden/Woche	-7,1

Quelle: IAB 2011, eigene Darstellung

Step-by-Step: Schritt für Schritt auf dem Weg zur Reintegration auf den Arbeitsmarkt

Menschen in der Grundsicherung, die beispielsweise wegen einer Suchtproblematik seither kaum eine Chance hatten, dauerhaft wieder eine Arbeit aufnehmen zu können, nähern sich diesem Ziel im Projekt Step-by-Step/Starthilfe der Jobcenter Baden-Baden und Rastatt. Projektträger ist die Fachklinik Fischer-Haus e.V., Kooperationspartner die Fachstelle Sucht des Baden-Württembergischen Landesverbands für Prävention und Rehabilitation.

Bindungen aufbauen, die Zukunft motiviert angehen und planen, strukturiert Kompetenzen in einer sozialtherapeutisch geleiteten Übungswerkstatt in Holz und Metall aufbauen, sind weitere Schritte. Während der Eingliederungsphase am Arbeitsplatz werden die Teilnehmer/innen von einer sozialpädagogischen Fachkraft betreut. Das Projekt dauert zwischen 5 und 12 Monaten und wird zu 100 Prozent über den ESF gefördert. Jährlich bringt das Land Baden-Württemberg 230.000 Euro ein. Die Jobcenter finanzieren über die Regelleistung bzw. über Zuschüsse zum Arbeitsentgelt für Arbeitgeber (§ 16e SGB II).



In 24 Monaten gab es 845 Beratungskontakte, 137 Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden registriert, 38 von ihnen arbeiteten in der Übungswerkstatt, 50 wurden zur Fachstelle Sucht (Projekt Starthilfe zur Vermittlung eines Praktikums- oder Arbeitsplatzes) vermittelt.

Jobschmiede: Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen mit gezieltem Training von Schlüsselqualifikationen erhöhen

Schlechte schulische Leistungen, obendrein fehlende soziale Kompetenzen – diese Kombination senkt die Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Das Jobcenter Heidenheim entwickelte für arbeitslose Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren mit dieser Problemlage die Maßnahme „Jobschmiede“. Junge Arbeitslose mit verschiedensten Problemlagen, z.B. Verweigerungstendenzen oder aus sozialen Brennpunkten, erlernen den Umgang mit sozialen Strukturen und Regeln. Hinzu kommen allgemeinbildender Unterricht und der Erwerb beruflicher Grundfertigkeiten in verschiedensten Berufsfeldern. In enger Betreuung werden sämtliche anfallende Schwierigkeiten, die auch einer beruflichen Perspektive schaden gemeinsam angegangen. Die Palette reicht von Wohnungsproblemen bis zur Suchtberatung und endet nicht beim Thema Gesundheit. Die Teilnahmedauer liegt bei sechs Monaten und wird über §16 Abs.1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III aus dem Eingliederungsbudget des Jobcenters finanziert.



Die Konzeption besteht bereits seit 2007 und wurde mit gutem Erfolg weiter entwickelt: von 233 Teilnehmern der Maßnahme in der Zeit August 2009 bis März 2013 erlangten 30% bereits während der Maßnahme einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Impressum:

Arbeitsmarkt-Dossier 2/2014

Herausgeber: Bereich Arbeitsmarkt- und Politikberatung,
Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für
Arbeit

Hölderlinstr. 36, 70174 Stuttgart

Baden-Wuerttemberg.Politik-Arbeitsmarkt@arbeitsagentur.de

www.arbeitsagentur.de

Redaktion: Olaf Bentlage, Dominik Schulze

Gestaltung: Dominik Schulze